

Pressemitteilung

Treffen der Kreis- und Stadelternbeiräte mit der Kultusministerin Karin Wolff am 19. März in Marburg

Am 19. März 2005 trafen sich die Kreis- und Stadelternbeiräte aus ganz Hessen in Marburg mit der Kultusministerin Karin Wolff zu einer Aussprache über aktuelle schulpolitische Themen. Seitens des Stadelternbeirats Frankfurt am Main nahm der Vorsitzende, Wilfried Volkmann, und die stellvertretende Vorsitzende, Sabine Hildebrandt, an der Veranstaltung teil. Zur Diskussion mit der Staatsministerin standen folgende Punkte auf der Agenda:

1. Auswirkungen der Verkürzung der gymnasialen Schulzeit (G 8)
2. Ganztägig arbeitenden Schule (Ganztagschule)
3. Qualität an den Schulen und ihre Ermittlung
4. Umsetzung der neuen Lehrpläne
5. Aus aktuellem Anlass: Klassenrichtwerte nach § 144a Hessisches Schulgesetz, siehe dazu auch Pressemitteilung des HKM vom 18.03.2005

In der Diskussion zu den **Themen G 8 und Ganztagschule** stellte die Ministerin unmissverständlich klar, dass

- ?? das Land keinerlei Mittel zur Verfügung stellen wird, um die Gymnasien hinsichtlich ihrer Gebäudeinfrastruktur für G 8 fit zu machen. Hierfür seien allein die Schulträger, also die Städte und Kreise; zuständig.
- ?? das Land die Mittel aus dem Investitionsprogramm Zukunft, Bildung und Betreuung (IZBB) der Bundesregierung zwar für alle Gymnasien geöffnet hat. Dabei wurde aber auch klar, dass diese Mittel bei weitem nicht ausreichen, um den gesamten Investitionsbedarf in Hessen zu decken. Das heißt im Klartext: Sind die IZBB-Mittel bis 2008 aufgebraucht, dann sind die Städte und Kreise auf sich gestellt.
- ?? das Kultusministerium die Einführung von G 8 formal nicht mit der Ganztagschule verknüpft hat, d.h. das Konnexitätsprinzip – Wer bestellt bezahlt! – greift hier nicht.

All dies hat uns in unserer Einschätzung bestärkt, die wir als Erklärung auf unserer „Jahreshauptversammlung“ im Februar d.J. abgegeben haben. Siehe dazu auch unsere Pressemitteilung vom 28.02.05.

- ?? Die Landesregierung hat mit G 8 die Gymnasien faktisch in Ganztagschulen verwandelt. Sie ist jedoch nicht bereit, die Mittel für die ganztägige Betreuung in infrastruktureller und personeller Hinsicht kurz- und mittelfristig bereitzustellen. Dies können und werden wir so nicht hinnehmen. In dieser Frage ist sich die Frankfurter Elternschaft weitestgehend einig.
- ?? Wir werden nicht zulassen, dass sich die verschiedenen Schulgemeinden in den Verteilungskämpfen um die raren Mittel zerfleischen. Eltern aller Schulformen haben ein Anrecht darauf, dass ihre Kinder an den verschiedenen Schulen auch ganztägig

und pädagogisch sinnvoll betreut werden. Auch hierzu herrscht große Einigkeit in der Elternschaft.

- ?? Der Oberbürgermeisterin Petra Roth werden wir in einem gemeinsamen Gespräch am 04. Juli unsere Position deutlich machen, verbunden mit der Aufforderung, die Stadt Frankfurt am Main möge eindeutig und unmissverständlich auf die Bereitstellung entsprechender Landesmittel hinwirken.

Zu den Themenbereichen

?? **Qualität von Schule und deren Ermittlung und**

?? **Umsetzung der neuen Lehrpläne**

wurde von uns und vielen anderen Elternvertretungen daraufhingewiesen, dass die meisten Schulleiter/innen und Lehrer/innen, den Träger/innen von Schulqualität, aufgrund der vielfältigen Veränderungen nach dem neuen Hessischen Schulgesetz derart überlastet sind, dass die Ausbildungsqualität leidet. Daran können auch Vergleichsarbeiten und Evaluationsmaßnahmen nichts ändern. Zudem sind viele Schulleitungen mit dem neuen Anforderungsprofil eines „Schulmanagers“ schon deshalb überfordert, weil sie darauf nicht ausreichend vorbereitet wurden. Die Maßnahmen des neuen Lehrerausbildungsgesetzes werden dabei keine kurz- bis mittelfristige Abhilfe schaffen.

Beim Thema „**Richtwerte**“ wurde die Diskussion noch einmal sehr lebendig. Die Pressemitteilung des HKM vom 18.03. hatte die Befürchtungen in der Elternschaft bestärkt, dass Schulschließungen in großem Umfang hessenweit ins Haus stehen. Daran konnten auch die Erklärungen der Ministerin nichts ändern. Welche negativen Wirkungen Schulschließungen für Eltern, Schüler/innen und Lehrer/innen entfalten können, haben wir anschaulich am Beispiel der **Schließung der Herderschule** in Frankfurt darstellen können.

In diesem Zusammenhang haben verschiedene Stadt- und Kreiseltererbeiräte nach der Zukunft von Kooperativen Gesamtschulen sowie den Ihnen oft angegliederten Förderstufen gefragt. Hierzu erklärte Frau Wolff, dass zum direkten Übergang in die Jahrgangsstufe 7 eines Gymnasiums oder Gymnasialzweiges ein entsprechender Kurs in der Förderstufe einzurichten sei. Für die Gymnasialzweige der Kooperativen Gesamtschulen gelte dann die verkürzte Zeit bis zum Abitur von 8 Jahren, beim Wechsel zwischen den einzelnen Zweigen der Kooperativen Gesamtschule gelte das Prinzip der Anschlussfähigkeit.

Die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Gymnasialzweige bzw. die Einrichtung eines Förderstufenkurses auf Gymnasialniveau erfordert nunmehr jedoch eine relativ hohe Anzahl von Schüler/innen mit dem entsprechenden Leistungsniveau. Diese Hürde können nur wenige Kooperative Gesamtschulen überspringen. Fällt ein Schulzweig aufgrund von zu geringen Schülerzahlen weg, kann aus einer Kooperativen Gesamtschule sehr schnell z. B. eine verbundene Haupt- und Realschule werden. **Dieses Schicksal trifft in Frankfurt die Heinrich-Kraft-Schule in Fechenheim und die Georg-Büchner-Schule in Bockenheim.**

Diese beiden Kooperativen Gesamtschulen haben deshalb die Umwandlung in eine Integrierte Gesamtschule beantragt. Dann könnten sie durch das besondere pädagogische Prinzip der IGS, Schüler/innen aller Leistungsniveaus von Hauptschule bis Gymnasium an ihrer Schule behalten und auch weiterhin als Gesamtschule bestehen bleiben.

Zu der Umwandlung von Kooperativen in Integrative Gesamtschulen befragt, erklärte Frau Wolff, dass dies durchaus möglich sei und auch bereits praktiziert würde (in Frankfurt z. B. wurde die Umwandlung der Carl-von-Weinberg-Schule in eine Integrierte Gesamtschule bereits genehmigt), wenn entsprechende wichtige Faktoren erfüllt würden. Dazu gehöre unter anderem ein ausgewogenes Schulangebot, dass den Eltern entsprechende Wahlmöglichkeiten ließe.

Vor diesem Hintergrund mag es verwundern, dass der Antrag der Heinrich-Kraft-Schule in Fechenheim auf Umwandlung in eine Integrierte Gesamtschule trotz Zustimmung des

Schulträgers abschlägig beschieden werden soll, gibt es in Fechenheim doch bereits eine verbundene Haupt- und Realschule, aber kein Gymnasium.

Der Frankfurter Stadtelternbeirat hält an seiner Linie fest:

- ?? **Wir unterstützen nach wie vor die Pro-IGS Bewegung in Frankfurt und Wiesbaden, da immer noch hunderte von Anmeldungen für IGS-Plätze unberücksichtigt bleiben.**
- ?? **Wir unterstützen die Schulgemeinden der derzeit noch Kooperativen Gesamtschulen, der Heinrich-Kraft-Schule und der Georg-Büchner-Schule, bei ihrem Antrag auf Umwandlung in Integrative Gesamtschulen.**
- ?? **Wir fordern den Aufbau einer neuen IGS in der ehemaligen Herderschule.**

Wilfried Volkmann

Stadtelternbeirat Frankfurt am Main
Vorsitzender

Sabine Hildebrandt

Stadtelternbeirat Frankfurt am Main
Stellvertretende Vorsitzende